

# ich möchte lieber nicht...

Hessens Landesregierung hat jetzt die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester für alle Studierenden beschlossen (500 - 2.400 Euro/Semester). Wer heute studieren will, muss dafür ordentlich Geld mitbringen oder sich mit einem „Studienkredit“ bei einer Bank verschulden.

Als vor zwei Jahren die Unis bestreikt wurden, breitete sich ein euphorischer Aktionismus aus: Aktionen, Demonstrationen und „Besetzungen“ von Unigebäuden etc. Doch schon nach kurzer Zeit war die Luft raus, Frust und Resignation breiteten sich aus. Den Streikenden stellte sich die Frage, was der Streik letztlich bringen könnte und Zweifel bezüglich der erzielten Gegenmacht kam auf. Es war klar, dass die Gesetzesvorschläge des Landes nicht verhindert werden konnten. Auch jetzt wird es wieder Proteste gegen die Pläne der Landesregierung geben. Um nicht wieder Illusionen zu erliegen, lohnt ein kritischer Rückblick auf die vergangenen Proteste.

Angesichts der gegenwärtigen Lage ist es unrealistisch zu glauben, mit ein paar Demonstrationen, Flugblättern und „kreativem Protest“ á la „Die Bildung geht baden“ sei es möglich, den Plan der Landesregierung zu kippen. Um politische Vorhaben, wie z.B. Studiengebühren tatsächlich zu verhindern, ist mehr notwendig. Wie der Kampf um soziale Zugeständnisse – die nicht einmal über sozialdemokratische Politik der 80er Jahre hinausgehen – funktioniert, war ganz praktisch in den letzten 12 Monaten gleich zweimal in Frankreich zu begutachten. Als Ergebnis der massiven Unruhen in den Banlieus, den französischen Vorstädten, wurde neben repressiven Maßnahmen auch schnellstens zusätzliches Geld zur „Integration“ in die Kommunen umgeleitet. Die Neuregelung des Kündigungsschutzes (CPE) in Frankreich beschwor erneute Proteste herauf. Nicht nur die Zahl sondern auch die Praxis und Verankerung der Protestierenden sorgten letztlich dafür, dass die Regierung ihre Pläne aufgeben musste.

## Herkunft bestimmt Bildung

Wir sind gegen Studiengebühren, weil viele von uns ihr Studium abbrechen werden müssen, da sie es sich nicht mehr leisten können zu studieren. Ihnen wird nichts anderes übrig bleiben, als zu jobben. Bildung wird so zum Privileg für wenige, finanziell Besergestellte. Durch die Trennung der Studiengänge im Ausbildungsbetrieb Uni wird neben einer Schmalspurausbildung (Bachelor) eine begrenzte „Bildungselite“ (Master) geschaffen. Von der Hoffnung, Bildung vielen Menschen zugänglich zu machen, bleibt nichts. Heute ist klar: Alle sollen zahlen, ab dem ersten Semester. Wie das die Einzelnen anstellen, interessiert nicht. Studiengebühren sind ein Baustein in der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschule, welche die Hochschulrektorenkonferenz so beschreibt, „dass sich das Hochschulwesen in Deutschland stärker wettbewerlich orientieren muss und hierfür geeignete Instrumentarien zu entwickeln“ sind. Letztendlich ergibt sich eine Produktionsanlage für „hochwertiges Humankapital“, das den Standort „D“ lukrativer machen soll. Studiengebühren „würden (...) ein verstärktes Eigeninteresse an der Verkürzung der individuellen Studienzzeit erzeugen - aus dem trivialen Grund geringerer persönlicher Kostenbelastung“. Kritisches Studieren aus Erkenntnisinteresse würde dann ein teurerer Luxus. Parallel zur Diskussion um die Gebühren entwickelten mehrere Banken Modelle für „Studienkredite“. Das bedeutet eine weitere Selektion beim Zugang zu Bildungschancen. Denn diejenigen, die sich aufgrund ihres sozialen Back-

grounds ihre Gebühren direkt zahlen können, sind im Vorteil. Alle anderen erwartet ein Schuldenberg, der nach dem Studium abgestottert werden muss. Viele können und wollen so das „Risiko Studium“ nicht mehr eingehen. In einer Studie warnt der Wirtschaftsrechtler Prof. Dr. Bernhard Nagel vor der Einführung von Studiengebühren: Sie würden zahlreiche potentielle StudienbewerberInnen von einem Studium abschrecken. Für die Wirtschaft bedeuten diese Kredite eine interessante Ausweitung ihres Geschäftsfeldes; ein weitere Teil der Gesellschaft wird ökonomischen Verwertungsinteressen unterworfen.

Die Selektion im Bildungsbereich beginnt jedoch nicht erst an der Uni. Sämtliche Studien (PISA, OECD) über das deutsche Bildungssystem zeigen, dass die Möglichkeit, ein Gymnasium und die Hochschule zu besuchen, eindeutig vom sozialen Status der Eltern abhängt. So nimmt auch seit Jahren wieder die Zahl der Studierenden aus Familien mit niedrigen Einkommen ab. Der Zugang zu Bildung wird wieder stärker zu einem Privileg der Reichen.

## ... so rein interessschalber ...



Nicht nur diese Politik legitimiert sich heute oftmals über angebliche „Sachzwänge“, die letztlich nur eine politische Lösung zulassen; so auch häufig genug in der Frage von Studiengebühren. Was jedoch ausgeblendet wird, wenn Sachzwänge eingeblenet werden, ist der prinzipiell interessengebundene Charakter von Politik. Insofern bietet der Verweis auf Sachzwänge eine willkommene „Entschuldigung“ für vorgeblich unausweichliche Entscheidungen, die auf diese Weise ihren politischen und somit nicht determinierten Charakter verlieren sollen. Anschaulich wird dies, wenn es um die Sparpolitik geht. So steht hinter dem Gemjammer über die leeren öffentlichen Kassen, die nüchterne Tatsache, dass etwa die Ausgaben für Hochschulen gemessen am Bruttosozialprodukt „von 1,3% Mitte der 70er Jahre auf 0,9% zu Beginn der 90er gesunken“ sind, also um ca. 30%. Hieran lässt sich ablesen, dass es offensichtlich politische Entscheidungen sind, die darüber bestimmen, Geld für manche Bereiche bereitzustellen und für andere wiederum nicht. Doch sind diese Entscheidungen nicht von tagespolitischen Launen abhängig, sondern in ihnen scheint sich eine Gesamttendenz auszudrücken, wie mit öffentlichen Geldern zu verfahren sei. Nun war diese, sich auf die Verwaltung von „Sachzwängen“ berufende Deutungsweise von Politik nicht immer vorherrschend. Ebenso wenig ist sie einfach vom Himmel gefallen, sondern muss als interessengeleitetes Projekt gesellschaftlicher Akteure verstanden werden. So wie diese

politische Entscheidungen sind, die darüber bestimmen, Geld für manche Bereiche bereitzustellen und für andere wiederum nicht. Doch sind diese Entscheidungen nicht von tagespolitischen Launen abhängig, sondern in ihnen scheint sich eine Gesamttendenz auszudrücken, wie mit öffentlichen Geldern zu verfahren sei. Nun war diese, sich auf die Verwaltung von „Sachzwängen“ berufende Deutungsweise von Politik nicht immer vorherrschend. Ebenso wenig ist sie einfach vom Himmel gefallen, sondern muss als interessengeleitetes Projekt gesellschaftlicher Akteure verstanden werden. So wie diese

Politik den einen zum Vorteil gereicht, so ist sie negativ für die anderen. Diese antagonistischen Interessen kann man sich als in einem ständigen Kampf um die gesellschaftliche (Definitions-)Macht vorstellen. Wie sich diese Kämpfe artikulieren ist durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse bedingt. In letzter Zeit scheint diese Hegemonie unangreifbar geworden zu sein – gekittet im ideologischen Mantel der Sachzwanglogik. Dennoch ist die Zustimmung zum gesellschaftlichen Konsens immer insofern fragil, als dass sie ständig erneuert und von den Menschen im Alltag als einzig plausible Handlungsweise akzeptiert werden muss. Hierin zeigt sich die prinzipielle Angreifbarkeit des gesellschaftlichen hegemonialen Diskurses, verbunden jedoch mit der Notwendigkeit, sich dem Konsens bewusst entgegenzustellen und einen langen Atem im Kampf für ein „Nicht-So-Sein“ zu haben. Denn sämtliche sozialen Errungenschaften, die nun nach und nach abgebaut werden sollen bzw. schon weggekürzt worden sind, waren die Ergebnisse sozialer Kämpfe. Schon der flüchtige Blick in die Geschichte zeigt, dass soziale Verbesserungen niemals aufgrund von Mildtätigkeit realisiert, sondern in sozialen Auseinandersetzungen errungen werden mussten.

### You'll have the energy, we want the victory

Der studentische Protest kann als ein Versuch gewertet werden, den herrschenden Konsens der „Sachzwang-Politik“ in Frage zu stellen und die Möglichkeit eines „Anders-Seins“ zu betonen. Da sich die Folgen der herrschenden Politik des Sozialabbaus nicht auf die Hochschulen beschränken, sondern weite Teile der Gesellschaft immer direkter mit der kapitalistischen Verwertungslogik konfrontiert werden, ist eine enge Kooperation mit betroffenen Initiativen und Gruppen außerhalb der Hochschulen unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung einer wirklichen gesellschaftlichen Gegenmacht.

Hier stellt sich die Frage nach der Rolle der Universität in einer kapitalistischen Gesellschaft, d.h. in einer Gesellschaft, in der gesellschaftliche Arbeit nach den Prinzipien kapitalistischer Verwertung organisiert wird. Grundlegendste Funktion der Universität ist a) das Zurverfügungstellen von verwertbarem Wissen und WissenschaftlerInnen, die verwertbares Wissen „erarbeiten“ und b) die laufende Produktion „qualifizierter“, verwertbarer Arbeitskräfte. Der von unterschiedlichen Bildungsministern angekündigte Kampf gegen studentische Rechte und Freiheiten hat als Ziel ein Konzept von Universität, das reduziert ist auf die o.g. wesentlichen Grundfunktionen. Leitbild für dieses Konzept ist die systematische, effektive und standardisierte Produktion von fachidiotisiertem „Humankapital“, das möglichst schnell in die Verwertungskreisläufe kapitalistischen Wirtschaftens eingegliedert werden kann. Für „humanistische“ Träumereien von selbstbestimmten Entfaltungs- und Bildungsmöglichkeiten des Menschen bleibt in dieser Auffassung vom Menschen als Arbeits-Maschine kein Platz.

So berechtigt der studentische Protest gegen die neoliberale Offensive auf ein selbstbestimmtes Studium mit Wahlmöglichkeiten (Zweitstudium etc.) und ohne Strafgebühren ist, darf dennoch der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang nicht aus dem Blick geraten. Die sozialen Ursachen werden meist ausgeblendet oder als individuelle Schwäche und Versagen interpretiert. Strukturelle Bedingungen (bei Studierenden z. B. niedriges oder gar kein Bafög, das zu zusätzlichen Jobs zwingt; miese Studienbedingungen etc.) fallen aus dieser Betrachtung heraus. Natürlich sind StudentInnen in den meisten Fällen besser dran als andere, vom Sozialabbau Betroffene und werden dies auch im späteren Leben sein. Dennoch werden alle immer mehr einer Logik unterworfen, die sie zwingt, ihr Leben nach Wettbewerbschancen und unter Konkurrenzdenken zu strukturieren. Studiengebühren dienen genauso wie die Kürzungen

von Sozialleistungen zum Stopfen von Haushaltslöchern, die aus einer Steuerpolitik resultieren, die Industrie, Wirtschaft und Besserverdienende entlastet. Praktiziert wird weitere Umverteilung von unten nach oben, der privater Reichtum Weniger wird gefördert, die öffentliche Armut steigt. Darüber hinaus zeigen sich in der Diskussion deutliche Parallelen zu anderen populistischen Ausgrenzungsstrategien, wie z.B. gegen MigrantInnen oder Arbeitslose, die der Stigmatisierung dienen und soziale Repressionen rechtfertigen sollen. Explizit richtet die hessische Regierung ihre Bildungspolitik dementsprechend aus. StudentInnen, die aus nicht EU-Ländern kommen und ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben, sollen zukünftig direkt 1500• Studiengebühren pro Semester zahlen und dürfen keine Studienkredite aufnehmen.

Bereits jetzt versuchen SPD und Grüne sich als politische Alternative anzubieten und setzen auf das politische Vergessen. So verkündet die hessische SPD, nach den nächsten Wahlen, die Gebühren wieder zu kippen. Doch auch diese Parteien haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie nicht grundsätzlich etwas an Studiengebühren auszusetzen haben. Gleich in mehreren Ländern haben die Parteien solche Gebühren eingeführt oder setzen auf so genannte „Bildungsgutscheine“; nichts anderes als Studiengebühren also. Und anstatt - wie im Bundestagswahlkampf '98 versprochen - ein grundsätzliches Verbot von Studiengebühren bundesweit durchzusetzen, eierte Rot/Grün wie gewohnt herum und wollte letztlich nur noch Gebühren für ein Erststudium verbieten. Aber selbst mit diesem Projekt scheiterten sie. Auf Druck der CDU/CSU, die noch mehr Selektion im Bildungsbereich durchsetzen wollte, kippte das Bundesverfassungsgericht das Vorhaben.

### Ich will mein Leben zurück!

Die soziale Situation von Studierenden ist allerdings nicht nur durch Studiengebühren bedingt: Verschlechterung der Bafög-Situation, steigende Kosten, wie z.B. Verwaltungsgebühren oder steigende Mensa- und Mietpreise. Auf der anderen Seite steht - vor allem in Marburg - die schlechte Bezahlung bei Studi-Jobs. 5 Euro/ Stunde sind keine Seltenheit und trotzdem eine schlichte Frechheit. Genauso sind „Hiwi“-Jobs an der Uni im Vergleich zu anderen Bundesländern, z.B. Berlin, geringer entlohnt und schlechter abgesichert. Auch hier muss es darum gehen, Verbesserungen durchzusetzen, z.B. über Tarifverträge. Doch schlussendlich dürfen wir nicht bei reinen klientel-zentrierten Forderungen nach besserer Ausbildung stehen bleiben, um so unseren bereits bestehenden Vorteil auf dem Arbeitsmarkt noch weiter zu verbessern. Und auch die beste gebührenfreie Bildung wird uns nichts nutzen, wenn daneben der stetig steigende Zwang zu Lohnarbeit zwecks Studienfinanzierung steht und uns nach dem Studium nichts besseres erwartet als im schlechteren Fall Arbeitslosigkeit oder vielleicht doch das „Glück“, unsere Arbeitskraft, Zeit, Gesundheit und geistigen Fähigkeiten zu immer schlechteren Konditionen ausbeuten zu lassen.

Schluss mit Schluss. Her mit dem schönen Leben!

